

Gewerkschaftsstrategien in der Krise

Gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit im Gegenwartskapitalismus

erscheint in: S. Schmalz/K. Dörre (Hrsg.) (2013), Comeback der Gewerkschaften?
Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven. Campus (i. E.)

1 Einleitung

2 Gewerkschaften in der finanzmarktkapitalistischen Krise

3 Stabilisierung durch Professionalisierung – Organisationslernen am Beispiel der IG Metall

3.1 Systematisierung der Mitgliederwerbung und -bindung

3.2 Erschließungsarbeit im Segment prekärer Beschäftigung

3.3 Profilierung gegen Leistungsverdichtung und Arbeitskraftverschleiß

4 Verbleibende Strategieprobleme einer revitalisierenden Politik

4.1 Sicherung institutioneller Macht in der New European Governance

4.2 Lohn- und Wirtschaftspolitik gegen ökonomische Ungleichgewichte

4.3 Europäisierung von Kapitalismuskritik und Interessenpolitik

5 Zentrale Forschungsthemen einer gewerkschaftsinteressierten Soziologie

5.1 Revitalisierungsforschung als kapitalismustheoretische und empirische Sozialforschung

5.2 Machtressourcen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaaten

5.3 Plädoyer für eine Mehrebenen-Perspektive in der Revitalisierungsforschung

Ausblick: Eine neue Partnerschaft zwischen Soziologie und Gewerkschaften?

1. Einleitung

Die Zweideutigkeit im Titel dieses Beitrages ist durchaus willkommen. Die Frage ist: Soll von einer diagnostizierten Krise der Gewerkschaften und ihrer Strategie im gegenwärtigen Kapitalismus die Rede sein oder soll nach den Strategien gefragt werden, mit denen die Gewerkschaften der Krise begegnen? Die Antwort lautet: Es geht um beides und vor allem um die Frage, was beide Aspekte miteinander zu tun haben. Gefragt werden soll nach dem Zustand der Gewerkschaften und ihren strategischen Antworten auf die Krise des Finanzmarktkapitalismus (Abschnitt 2); und gezeigt werden soll am Beispiel der IG Metall, dass auch im Gegenwartskapitalismus gewerkschaftliches Organisationslernen und Stabilisierungserfolge möglich sind (Abschnitt 3), dass eine nachhaltige Revitalisierung aber die Bewältigung weiterer Strategieprobleme voraussetzt (Abschnitt 4); und dass schließlich auf eine praxisinteressierte Revitalisierungsforschung neue Forschungsthemen warten (Abschnitt 5). Ob alles dies die Chance zu einer neuen Partnerschaft zwischen einer „öffentlichen Soziologie“ und strategisch agierenden Gewerkschaften eröffnet, soll abschließend gefragt werden.

Die Ausführungen lehnen sich an den Machtressourcenansatz in der neueren Gewerkschaftsforschung an, der auch den roten Faden der Analyse des vorliegenden Bandes darstellt. In diesem wird nicht nur der machttheoretische Ansatz der Jenaer Gewerkschaftsforschung skizziert und seine analytische Fruchtbarkeit durch historisch-systematische Beiträgen und diverse Fallstudien unter Beweis gestellt. Er weitet zugleich den Blick auf die Gewerkschaften in außereuropäischen Ländern wie Ghana, China, Südafrika oder Indonesien und bezieht mit den heimischen Handwerks- und Dienstleistungssektoren Wirtschaftszweige mit ein, die traditionell nicht im Zentrum der Gewerkschaftsforschung stehen. Man muss keineswegs allen Ergebnissen und Einschätzungen zustimmen, um sagen zu können: Der Band setzt die hoffnungsvoll gestartete Gewerkschaftsforschung der Jenaer Soziologie fort (Brinkmann u. a. 2009) und präsentiert erneut Befunde, die Eingang in die wissenschaftliche und gewerkschaftliche Debatte finden sollten.

Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf Befunde des Bandes, greifen aber über diese hinaus. Dabei werden sie eher in Form eines wissenschaftlich informierten Essays als in Gestalt einer streng wissenschaftlichen Abhandlung vorgetragen. Dies erlaubt, bei der Formulierung von Einschätzungen auch auf Praxiserfahrungen zurück zu greifen, für die (noch) keine empirische Evidenz zur Verfügung steht. So kann internes Organisationswissen aktuelles Forschungswissen ergänzen. Dass sich auch diese Argumentation der wissenschaftlichen und politischen Kritik zu stellen hat, ist selbstverständlich.

2. Gewerkschaften in der finanzmarktkapitalistischen Krise

Aus der zeitgenössischen Gewerkschaftsforschung sowie den Beiträgen des vorliegenden Bandes lassen sich exemplarische Beobachtungen bilanzieren, die mit Blick auf die Debatte in Deutschland von Interesse sein sollten.

- Im Zuge des Übergangs vom keynesianischen Wohlfahrtsstaats-Kapitalismus zum neoliberalen Finanzmarktkapitalismus sind die Gewerkschaften in nahezu allen Länder in einen machtpolitische Defensive geraten. Diese kann als Tenor der internationalen kritischen Gewerkschaftsforschung festgehalten werden (dazu Peters 2011 sowie der Beitrag von Dörre/Schmalz in diesem Band). Auch in Deutschland geht die Debatte über Gegenwart und Zukunft der Gewerkschaften bis in die Gegenwart davon aus, dass die Organisationen der abhängigen Arbeit im Übergang zur finanzmarktgetriebenen Kapitalismusformation in eine äußerst schwierige Problemkonstellation geraten sind. Als Indikatoren werden rückläufige Mitgliederzahlen, Finanzmittel und Organisationsgrade, die Erosion gewerkschaftlicher Verankerung in den Betrieben, der Rückgang gewerkschaftlicher Verhandlungs- und Verteilungsmacht in den Arenen der Betriebs- und Tarifpolitik und nicht zuletzt die Erosion gewerkschaftlicher Lobbymacht benannt. Auch wenn sich die Verfassung der Gewerkschaften und ihrer Durchsetzungskraft in den Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus durchaus variierten; grosso modo und über diese Differenzen hinweg kann festgehalten werden: Die Gewerkschaften gingen machtpolitisch geschwächt in die Große Krise des Kapitalismus (etwa Deppe 2012).

- Gleichwohl weisen gewerkschaftliche Entwicklungspfade in der Krise und die Krisenpolitiken relevante Unterschiede auf (siehe dazu den Beitrag von Schmalz/Weinmann in diesem Band). Diese verlaufen vor allem entlang der institutionellen Kontexte der jeweiligen Spielart des nationalen Kapitalismus sowie der Traditionen in den Kapital-Arbeit-Staat. Von zentraler Bedeutung scheint dabei die Ausstattung der Gewerkschaften mit Machtressourcen. Diese entwickelten sich nicht unabhängigen von den institutionellen

Arrangements und bestimmten die Reichweite der gewählten gewerkschaftlichen Krisenstrategien (etwa Lehdorf 2012). Dennoch determinieren die institutionellen Kontexte der jeweiligen Kapitalismus-Spielart Revitalisierungschancen nicht vollständig und verbleiben Spielräume für gewerkschaftliches Handeln. Ob diese genutzt werden können, hängt nicht zuletzt von der Strategiefähigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen ab („strategies matter“).

- Zugleich wurde in der Debatte gefragt, ob sich Interdependenzen zwischen den institutionellen Konfigurationen und politischen Traditionen im Kapital-Arbeit-Staat-System und den Erfolgen gewerkschaftlicher Krisenpolitiken beobachtet lassen. Offensichtlich waren bereits vor der Krise gewerkschaftliche Militanz und politische Streiks nicht immer Ausdruck einer gewerkschaftlichen Offensive, sondern mitunter eher Reaktion auf eine Kooperationsverweigerung der Regierungen (Kelly/Hamann/Johnston 2013). Auch in der Krise wurden – nicht zuletzt aufgrund unzureichender Machtressourcen der Gewerkschaften - die „limits of radicalism“ sichtbar (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013: 77). Mit Blick auf die deutsche Entwicklung wurde gefragt, ob gar eine „Revitalisierung der Sozialpartnerschaft“ zu diagnostizieren sei¹ und zugleich die analytische Kategorie des Krisenkorporatismus ins Spiel gebracht (Urban 2012), die auch in Beiträge des vorliegenden Bandes Eingang fand (siehe Schmalz i. B.). Der Krisenkorporatismus versucht die spezifischen Momente gewerkschaftlicher Krisenpolitik in der Tradition des Modells Deutschland auf den Begriff zu bringen. Zu diesen Traditionsbeständen zählen die jahrzehntelangen Erfahrungen der korporativen Akteure mit Varianten politischer Konzertierung und der historische Abschied der deutschen Gewerkschaften von einer antikapitalistischen Klassenpolitik.

3. Stabilisierung durch Professionalisierung – Organisationslernen am Beispiel der IG Metall

Die Analyse der strukturellen Gewerkschaftsschwäche im Finanzmarktkapitalismus wird auch im vorliegenden Band unter Rückgriff auf den Machtressourcen-Ansatz in der neueren Gewerkschaftsforschung plausibel vollzogen. Dieser wurde in der angelsächsischen Debatte entwickelt und nicht zuletzt in der Jenaer Gewerkschaftsforschung aufgegriffen (Brinkmann u.a. 2009 sowie AK Strategic Unionism in diesem Band). Demnach werden diverse Quellen und Formen von „Arbeitermacht“ oder von „Macht organisierter Arbeit“ unterschieden. Zu unterscheiden ist zunächst zwischen struktureller („structural power“) und Organisationsmacht („associational power“). Während erstere aus der Stellung auf dem Arbeitsmarkt oder innerhalb des Produktionsprozesses ergibt, entsteht Organisationsmacht aus der Formierung der Lohnabhängigen zu kollektiven Organisationen wie etwa Gewerkschaften. Institutionelle Macht resultiert hingegen aus der institutionellen Stellung von Gewerkschaften innerhalb wohlfahrtsstaatlicher Basisinstitutionen wie der Tarifautonomie oder den Sozialversicherungssystemen und hilft dabei, Gewerkschaftsmacht über kurzzeitige ökonomische oder politische Zyklen hinweg zu stabilisieren. Als vierter Quelle gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit kann schließlich von kommunikativer Macht als einer gewerkschaftlichen „soft power“ gesprochen werden, die sich in der Fähigkeit artikuliert, interessengeleitet und erfolgreich in hegemonial vorstrukturierte Öffentlichkeiten intervenieren und Interessenpositionen der Organisation und ihrer Mitglieder dort positionieren zu können (Urban 2010). Ob eine Gewerkschaft zu ausreichenden Machtressourcen gelangen und diese erfolgreich mobilisieren kann, hängt

¹ Siehe die Beiträge in: Industrielle Beziehungen, H. 4/2012 sowie den Beitrag von Haipeter in diesem Band.

nicht zuletzt von ihrer Strategiefähigkeit und damit davon ab, aus einem Spektrum vorhandener Handlungsoptionen die situations- und problemadäquate identifizieren und ergreifen zu können („strategic choice“; dazu etwa Huzzard 2004).

Wie verhält es sich nun mit Machtressourcen und der Strategiefähigkeit der Gewerkschaften in Deutschland? Nach allgemeiner Auffassung nicht so schlecht. Ausgerechnet in der tiefsten Kapitalismus-Krise seit Ende der 1920er Jahren und der existenziellen Bedrohung von ganzer Industriesektoren häuften sich die Meldungen über ein Comeback der Gewerkschaften. Dafür gab es durchaus Anhaltspunkte. Die Bilanz der Krisenantwort der Gewerkschaften kann auf der Habenseite ansehnliche Erfolge vorweisen. Sie ereignete sich in Ländern im Zuge einer Renaissance tripartistischer Sozialpakete (Glassner/Keune 2010, Gumbrell-McCormick/Hyman 2013). Der krisenkorporatistische Sozialpakt in Deutschland galt als besonders erfolgreich. Die Gewerkschaften - insbesondere die IG Metall als Gewerkschaft der besonders gebeutelten Exportindustrie - konnten in diesem tripartistischen Arrangement signifikante Beiträge zur Sicherung von Branchen (»Abwrackprämie«) und Beschäftigung (»Kurzarbeit« und »interne Arbeitszeitflexibilisierung«) leisten und mit Blick auf die eigene Klientel keineswegs selbstverständliche Defensiverfolge erringen. Damit trugen sie maßgeblich zum „deutschen Arbeitsmarktwunder“ bei (Möller 2010). Als Folge stiegen das Ansehen der Gewerkschaften als Krisenmanager, vor allem bei den politischen und medialen Eliten, und nicht zuletzt das gewerkschaftliche Selbstbewusstsein. Auch bei eher korporatismuskritischen Stimmen in der Wissenschaft treffen die gewerkschaftlichen Führungsgruppen und ihre Politik in den tripartistischen Aushandlungsrunden auf Anerkennung. „Sie haben sich als Krisenmanager bewährt und im politischen Tausch Zugeständnisse (großzügige Kurzarbeitsregelungen, Abwrackprämie) und Ergebnisse (Sicherung von Stammebelegschaften) erreicht, die in anderen Ländern selbst mit militanten Protesten nicht durchzusetzen waren.“ (Dörre 2011: 268).

Zweifelsohne müssen in eine Bilanz der gewerkschaftlichen Krisenpolitik auch die Kosten von Form von Arbeitsplatzverlusten (nicht nur) außerhalb der Stammebelegschaften, verteilungspolitischen Zugeständnissen und dem Scheitern von weiterreichender Gewerkschaftsforderungen (z. B. nach einer grundlegenden Re-Regulierung der Finanzmärkte oder der Einrichtung eines Public-Equity-Fonds) einbezogen werden (Urban 2012). Doch offensichtlich eröffnete der neue Krisen-Sozialpakt den Gewerkschaften in Deutschland Einflusskanäle, die sie mit dem vorhandenen Maß an gewerkschaftlicher Organisations- und Lobbykraft nutzen konnten. Ob eine Korporatismusverweigerung und eine Konfrontationsstrategie den machtpolitisch geschwächten Gewerkschaften bessere Resultate gebracht hätte, kann mit Blick auf Entwicklungen in anderen Ländern durchaus bezweifelt werden. Aus gewerkschaftlicher Sicht wäre eine autonome Konfliktstrategie (nur) dann vorzuziehen, wenn die erreichbaren Erfolge die Zugeständnisse überstiegen, die durch den politischen Tausch des Krisenkorporatismus realisierbar sind. Eine Rechnung mit vielen Unbekannten, die zur Vorsicht bei schnellen Bewertungen mahnt.

Dennoch garantieren die beträchtlichen Defensiverfolge in der Krise noch nicht das Ende der Erosion gewerkschaftlicher Machtressourcen. Dass diese Erkenntnis längst in den Strategiezentralen einiger Gewerkschaften Einzug gehalten hat, soll im Folgenden am Beispiel der IG Metall illustriert werden. Dabei kann der Strategie- und Politikmix der IG Metall durchaus als Belege für erfolgreiches Organisationslernen gewertet werden. Sie reagieren auf Mitgliederverluste, rückläufige Organisationsgrade und den Verlust an gewerkschaftlicher Lobbykraft und damit auf die Erosion gewerkschaftlicher

Machtressourcen, die lange vor der Krise begann. Zugleich setzen sie auf den Erfolgen der Krisenabwehr auf, intendieren jedoch zugleich, auf nicht zu übersehende Unzulänglichkeiten der Krisenpolitik mit offensivem strategischem Handeln zu reagieren. Im Folgenden sollen einige Initiativen und Kampagnen skizziert werden, mit denen die IG Metall auf Strukturprobleme und vor allem die Erosion der Mitgliederbasis reagierte.²

3.1 Systematisierung von Mitgliederwerbung und –bindung

Der anhaltende Mitgliederverlust initiierte eine interne Debatte über die Dringlichkeit einer systematischeren Mitgliederwerbung und –bindung zur Stabilisierung der Organisation. Insbesondere in den Krisenjahren 2009/2010 fand in der Metall- und Elektroindustrie infolge des Einbruchs der Produktion ein forciertes Beschäftigungsabbau statt. Dieser beschleunigte den Mitgliederverlust der IG Metall. (Schaubilder 1-3) Um die Mitgliederbasis zu stabilisieren wurde die Mitgliederwerbung und –bindung auf allen Organisationsebenen sowie bei allen Standardaufgaben, Projekten und Aktivitäten in den Fokus gerückt. Unterstützt wurden die Maßnahmen durch eine Neustrukturierung der Ressourcenverwendung. So wurde ein merkliches Finanzvolumen über einen internen „strategischen Investitionsfonds“ von der Finanzierung von Vorstands- und Stabsabteilungen in die betriebliche und örtliche Mitgliederrekrutierung umgelenkt. Die Erschließungsarbeit zur Gewinnung neuer Mitglieder(-gruppen) reichte von der Systematisierung der Erstkontakte mit Betrieben und Beschäftigten, über den Ausbau der vorhandenen betrieblichen Verankerung bis hin zur mitgliederorientierten Konflikten mit dem Ziel der Tarifbindung. Ein wesentliches Element der Mitgliederarbeit war die Ausweitung von Beteiligungsmöglichkeiten der Beschäftigten und der Mitglieder. Diese vollzog sich innerhalb bestehender Strukturen, durch neue Formen der Ansprache oder auch in Form von regelmäßigen, themengebundenen Mitglieder- oder Betriebsrätebefragungen, deren Ergebnisse sich in den Aktivitäten der IG Metall niederschlugen.

In diesem Kontext spielte eine spezifische Varianten gewerkschaftlichen Organizing eine wichtige Rolle. Organizing wurde als beteiligungs-, mitglieder- und konfliktorientierter Ansatz zur Realisierung sogenannter „Erschließungsprojekte“ und damit zur Stärkung der Organisationsmacht konzipiert (dazu auch Nachtwey/Wolf i. B.). Ergänzt wurden diese Anstrengungen zur Gewinnung neuer Mitglieder durch ein Halte- und Rückholmanagement zur Bindung zur Reduzierung der Fluktuation in der Mitgliedschaft. Dahinter verbarg sich die Einsicht, dass eine zielgerichtete und passgenaue Ansprache der Mitglieder und das Angebot von Informationen, Service und Beteiligung dazu beitragen, die Mitgliederbindung zu stärken und möglichen Austritten vorzubeugen. In diesem Sinne arbeiteten viele örtliche Organisationseinheiten („Verwaltungsstellen“) systematisch an der Rückholung ausgetretener Mitglieder. Über diesen Weg konnte die Anzahl der jährlichen Austritte und Streichungen kontinuierlich reduziert werden. Erfahrungen, erfolgreiche Ansätze und Aktivitäten wurden gebündelt und im Rahmen eines internen Benchmarking-Verfahrens organisationsweit verbreitet, indem die Werbe- und Haltepraktiken besonders erfolgreicher Verwaltungsstellen zu Vorgaben für alle Verwaltungsstellen gemacht wurden. Dies geschah im Rahmen eines jährlichen „Geschäftsplanprozesses“, durch den die vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen mit Zielzahlen der Mitgliederentwicklung abgestimmt und die Schwerpunkte der örtlichen Gewerkschaftspolitik des nächsten Jahres definiert wurden. Die systematische Anwendung dieser Maßnahmen dürfte merklich zur

² Zur Politik der IG Metall siehe auch die Beiträge von Haipeter, Behruzi, Hinz/Woschnack, Scholz und Henning i. B.

Stabilisierung der Organisation im Sinne von „associational power“ beigetragen haben. Die Mitgliederverluste konnten zunächst gestoppt und die Mitgliederentwicklung stabilisiert, ab 2011 erhöht werden.

3.2 Erschließungsarbeit im Segment prekärer Beschäftigung

Nicht zuletzt die Erfahrungen mit den Grenzen der gewerkschaftlichen Politik zur Sicherung von Beschäftigung in der Krise hatten die Einsicht in die Notwendigkeit gefestigt, stärker im Segment prekärer Beschäftigung Fuß zu fassen. Dies galt insbesondere für den Bereich der Leiharbeit. Seit der Deregulierung zu Beginn der 2000er Jahre hat sich die Leiharbeit auch in den Branchen der IG Metall stark ausgeweitet. Trotz gleicher Arbeitsleistung verdienen Leiharbeiter weniger als Stammbeschäftigte, haben weniger Rechte und ihre Beschäftigung ist unsicher. In der Krise wurde nahezu ein Drittel der Leiharbeitsbeschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall abgebaut.

Als Reaktion auf diese Entwicklung und mit dem Ziel der gewerkschaftspolitischen Erschließung dieses Beschäftigungssegments startete die IG Metall unter dem Motto „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ eine Kampagne, die die Situation der Leiharbeitsbeschäftigten in die Öffentlichkeit brachte und darauf zielte, ihre Situation zu verbessern (siehe: www.gleichearbeit-gleichesgeld.de). Eingebettet wurde diese Kampagne in ein Konzept der sozialstaatlichen Neuordnung des Arbeitsmarktes, das auf eine Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zielte. Im Rahmen dieser Aktivitäten spielte die organisationsinterne Implementierung regelmäßiger, themengebundenen Funktionärs- und Mitgliederbefragungen eine zentrale Rolle. Diese fanden als Online-Befragungen (mit einem N größer 6000) statt. Die Resultate dienten als Material der politischen Mobilisierung und fanden zugleich als authentische Meinungsäußerungen der Mitgliederbasis Eingang in die Planung von themengebundenen Kampagnen und Initiativen. In diesen bündelten sich finanzielle, personelle und politische Ressourcen in Themen, die mit Blick auf die Bedarfslagen einzelner Lohnabhängigengruppen, gesellschaftlicher Probleme und organisationspolitischer Zweckmäßigkeiten einen besonderen Beitrag zur Stabilisierung der Organisation versprachen. Die Aktivitäten der Kampagne trugen maßgeblich dazu bei, den prekären und diskriminierenden Charakter von Leiharbeit in der öffentlichen Wahrnehmung zu platzieren. Dadurch konnte nicht nur der Druck auf die politischen Entscheidungsträger erhöht werden. Zugleich konnte die IG Metall ihr arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Profil schärfen und Glaubwürdigkeit als Interessenvertretung von Stamm- und Randbelegschaften gewinnen. Betriebspolitisch konnten zudem viele betriebliche Vereinbarungen abgeschlossen werden, die die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Leiharbeiter verbessern.

Flankiert durch die Kampagne wurde schließlich die Bekämpfung Lohndiskriminierung im Sektor der Leiharbeit Forderungsbestandteil der Tarifrunde 2012. Die Forderung mündete in einer Tarifregelung, in der die Entgelte durch Branchenzuschläge in Stufen deutlich erhöht werden. (Schaubild 5) Insgesamt machten sich die kampagnen- und tarifpolitischen Aktivitäten in einem deutlichen Mitgliederzuwachs bemerkbar. So stieg die Zahl der organisierten Leiharbeitsbeschäftigten von knapp 13 000 auf über 44 000 (2010-2012) an. (Schaubild 5). Die Mitgliedererfolge sowie die öffentliche „Skandalisierung“ eines wichtigen Segments prekärer Beschäftigung dürften einen Beitrag zur Stabilisierung von Produktionsmacht (im Sinne von „structural power“) und über den öffentlichen Ansehensgewinn an kommunikativer Macht erbracht haben.

3.3 Profilierung gegen Leistungsverdichtung und Arbeitskraftverschleiß

Im Zuge der großen Finanz- und Wirtschaftskrise vollzog sich nicht nur die weitere Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, zugleich kam es im Rahmen der Krisenbewältigung in vielen Unternehmen zu Strategien der Produktivitätssteigerung über Leistungsverdichtung und Arbeitsintensivierung. Der beschäftigungspolitischen Entspannung folgte die arbeitspolitische Zuspitzung, die nicht zuletzt in einer deutlichen Zunahme psychischer Erkrankungen unter den Beschäftigten zum Ausdruck kam. Um im Rahmen eines zielgruppenorientierten Ansatzes auf spezifische Problemlagen reagieren zu können, entwickelte die IG Metall in einer Kampagne mit dem „Motto: „Gute Arbeit – Gut in Rente“ einen Strategieansatz, der insbesondere auf die Problemkonstellation der „Berufsausgleiter“ (will sagen: der rentennahen Jahrgänge) zugeschnitten war. Die Kampagne zielte in Richtung Politik und in Richtung der Betriebe und Unternehmer. Auf sozialpolitischer Ebene wurde im Rentenrecht ein Alternativmodell zur Einheitsaltersgrenze 67 zur Diskussion gestellt, das Ausstiegsoptionen entwickelte, die den unterschiedlichen Situationen von Beschäftigten und Betrieben Rechnung tragen. Zum anderen konfrontiert die IG Metall – deutlich stärker und öffentlichkeitswirksamer als in vorherigen Kampagnen – Unternehmen und Arbeitgeber mit der Forderung nach altersgerechter Gestaltung der Arbeitsplätze. Verbunden waren diese Forderungen mit einem betriebspolitischen Mobilisierungskonzept. Dieses bündelte sich in betriebspolitischen Initiativen für einen „Demografischen Interessenausgleich“. Diese setzten auf Regulierungsbausteine, um je nach betrieblicher Problemlage passgenaue Übergangskonzepte entwickeln zu können. Das Forderungsspektrum umfasste Weiterbildungsangebote, Freistellungsrechte für Ältere von alterskritischen Tätigkeiten (z.B. Schicht- und Nachtarbeit), eine altersgerechte Arbeitsgestaltung sowie Vorschläge einer entsprechenden Personalplanung.

Hinzu kam schließlich eine arbeitspolitische Kampagne gegen die permanente Leistungsverdichtung. In dieser griffen betriebliche Aktivitäten zu einer umfassenden Gefährdungsbeurteilung an den Arbeitsplätze und eine politische Initiative für eine „Anti-Stress-Verordnung“ ineinander. Im Zentrum der Forderung stand die Schließung der „rechtlichen Regelungslücke“ durch eine, durch die Bundesregierung zu erlassende Verordnung zum Schutz vor psychosozialen Gefährdungen. Diese arbeits- und sozialpolitischen Aktivitäten trugen dazu bei, die IG Metall als betriebliche Interessenvertretung in den Belegschaften und als sozialpolitischen Akteur in der öffentlichen Debatte zu profilieren. Die positive Resonanz dieser Aktivitäten trug der IG Metall einen Zuwachs an Mitgliederbindung und Organisationsmacht und zugleich an öffentlicher Anerkennung und kommunikativer Macht ein.

Als vorläufiges Fazit ließe sich festhalten: Obwohl die Gewerkschaften insgesamt die Krise des Finanzmarktkapitalismus nicht zu einem Aufschwung nutzen konnten sind Stabilisierungserfolge nicht zu übersehen. Gewerkschaften wie die IG Metall sind im Kampf gegen die Defensive durchaus vorangekommen. Signifikant ist zweifelsohne die Korrelation zwischen Beschäftigungs- und gewerkschaftlicher Mitgliederentwicklung. Die Nachhaltigkeit der Mitgliedergewinne wird sich insbesondere in zu erwartenden Perioden des Beschäftigungsabbaus in der Metall- und Elektroindustrie noch erweisen müssen. Aber zugleich spricht vieles dafür, dass die systematischere Mitgliederwerbung und -bindung, die interne Effektivierung durch Geschäftspläne und Benchmarking-Verfahren, die Erschließungsaktivitäten im Segment der prekären (Leih-)Arbeit und die Initiativen gegen verschärfte Arbeits- und Leistungsbedingungen die Verankerung der Organisation in Betrieben und Öffentlichkeit stabilisieren konnten. Dabei resultierten die Stabilisierungserfolge aus strategischen Neuorientierungen, die in Form einer operativen

Professionalisierung zur Stärkung struktureller, kommunikativer und Organisationsmacht der IG Metall beitragen. Dies spricht für die, auch im Jenaer Strategic-Unionism-Ansatz formulierte These, dass Gewerkschaften auch in Defensivkonstellationen in einem Möglichkeitsraum agieren, in dem strategisches Organisationshandeln und die richtige Strategiewahl über Verbleib oder Ausgang aus der Defensive (mit)entscheidet.

4. Verbleibende Strategieprobleme einer revitalisierenden Politik

Doch darüber ist auch im Falle der IG Metall noch nicht entschieden. Es wäre riskant, aus den stabilisierenden Impulsen der operativen Professionalisierung umstandslos auf eine nachhaltige Revitalisierung zu schließen. Nach wie vor harren komplexe Strategieprobleme einer Lösung. Dazu gehören die Erschließung neuer wirtschaftlicher Leitsektoren und Beschäftigtengruppen sowie die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades in allen Branchen. Doch darüber hinaus lassen sich (nicht nur für die IG Metall) Handlungsbedarfe identifizieren, die in der gewerkschaftlichen Strategiedebatte bisher unzureichend reflektiert wurden, deren Bewältigung für eine nachhaltige Revitalisierung aber unverzichtbar sein dürfte. Drei wesentliche seien im Folgenden skizziert.

4.1 Sicherung institutioneller Macht in der New European Governance

Gerade in Deutschland hat der Beitrag der Gewerkschaften zur Vermeidung der drohenden Beschäftigungskatastrophe ihre Anerkennung in den Medien und den gesellschaftlichen Funktionsebenen merklich erhöht. Daraus erwuchs ein Plus an kommunikativer Macht, das wiederum Teilerfolge in den politischen Arenen erleichterte. Gleichwohl hat das Problem der Erosion institutioneller Macht dadurch nichts an Dringlichkeit verloren. Diese wird vor allem am Bedeutungsverlust des Flächentarifvertrages als der Kerninstitution des deutschen industriellen Produktionsmodells deutlich. Auch wenn die Tarifbindung von Betrieben und Beschäftigten nach Branchen, Betriebsgrößen und Regionen deutlich variiert, so ist in einer längeren Sicht der Rückgang der allgemeinen Tarifbindung eindeutig. Trotz uneinheitlicher Entwicklung am aktuellen Rand ging die Flächentarifbindung in der Gesamtwirtschaft und bezogen auf die Beschäftigten in der Zeit von 1996 bis 2011 in Westdeutschland von 70 Prozent auf 54 Prozent und in Ostdeutschland von 56 auf 37 Prozent zurück. In der Privatwirtschaft West fiel sie im gleichen Zeitraum gar von 66 auf 48 Prozent, in der Privatwirtschaft Ost von 48 auf 30 Prozent. (Ellguth/Kohaut 2012, 300, Abbildung 1)

Der Bedeutungsverlust des Flächentarifvertrages scheint ungebrochen und schwächt kontinuierlich die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften; und er könnte durch die gegenwärtige Krisenpolitik in Europa an Fahrt gewinnen. Im Zuge der Reaktion auf die Folgen der „Eurokrise“ konstituiert sich ein Regime eines prekären Autoritarismus (Urban 2011). In einem intransparenten und von nationalstaatlichen Interessen überformten Aushandlungsprozess wurde Schritt für Schritt ein neues wirtschafts- und finanzpolitisches Regelwerk gezimmert. Dieses neue institutionelle Regime wirkt direkt in Politik- und Regelungsfelder hinein, die bisher den Mitgliedstaaten und den Sozialvertragsparteien vorbehalten waren und ist zugleich mit vielfältigen Interessenverletzungen gegenüber den Lohnabhängigen sowie einer drastischen Verschlechterung gewerkschaftlicher Handlungsbedingungen verbunden. Die Vorgaben für die Entwicklung von Löhnen, Produktivität und Sozialsysteme greifen tief in die Mechanismen der nationalen Kapital-

Arbeits-Staat-Beziehungen ein und unterwerfen die nationalen Wirtschaftspolitiken sowie die gesamte Arbeits- und Sozialverfassung der Mitgliedstaaten der überbordenden Wettbewerbs- und Stabilitätspolitik.

Ein zentrales Element stellt die Einflussnahme der Politik auf die nationalen Lohnbildungsprozesse mit dem Ziel der Förderung nationaler Wettbewerbsfähigkeit dar. Dies geschieht durch eine Instrumentalisierung der steigenden Arbeitslosigkeit und erzwungene Zusagen der hilfeschenden Nationalstaaten, strukturelle Veränderungen im Tarifsysteem durchzusetzen. Er vollzieht sich aber auch durch direkte Maßnahmen wie die Kürzung gesetzlicher Mindestlöhne und massive Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor – mit erhofften Signalwirkungen in den Bereich der Privatwirtschaft. Dieser neue „lohnpolitische Interventionismus“ (Busch u.a. 2012: 8-16) unterminiert zunehmend die Prinzipien der Tarifsysteme und der Allgemeinverbindlichkeit und fördert die Dezentralisierung der Lohnsysteme. Ein überdurchschnittlicher Abbau der Reallöhne in den betroffenen Staaten (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien) ist die Folge. Auch wenn der neue lohnpolitische Interventionismus seine volle Wirksamkeit bisher lediglich in den Staaten entfaltet, die finanzielle Hilfen von der EU beantragten und sich den Auflagen der „Troika“ (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) zu beugen haben, so könnten sie schneller als gedacht auch auf Deutschland überspringen und auch dort die Tarifautonomie weiter schwächen. Die Gewerkschaften scheinen auf die strategische Aufgabe, in einem europäischen Kontext die Tarifautonomie und mit ihr die inkorporierte institutionelle Gewerkschaftsmacht zu sichern, nicht gut vorbereitet.

4.2 Lohn- und Wirtschaftspolitik gegen ökonomische Ungleichgewichte

Einer dringenden Bearbeitung bedarf überdies die Frage, welchen Beitrag die Entwicklung der Arbeitskosten und damit auch die gewerkschaftliche Lohnpolitik in Deutschland, insbesondere die in den industriellen Sektoren, zur Beseitigung des realwirtschaftlichen Ungleichgewichtes in der Eurozone leisten kann. In Deutschland stiegen seit Beginn der Währungsunion Arbeitskosten und Lohnstückkosten - also die Kosten im Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung - nur sehr moderat. Dabei kam dem industrielle Güter produzierenden Gewerbe ebenfalls zugute, dass die Arbeitskosten im privaten Dienstleistungssektor in Deutschland knapp 20 % unter denen im Verarbeitenden Gewerbe liegen. Insbesondere die moderate Entwicklung von Arbeits- und Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe wirkte sich positiv auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und damit auf die Exportperformance der deutschen Industrie aus. Doch sie lähmte auch die Reallohnentwicklung und die Binnennachfrage und führte zu Wachstums- und Wohlstandsverlusten sowie zu Einnahmeeinbußen in den sozialen Sicherungssystemen. (Joebges/Schmalzbauer/Zwiener 2009) Zugleich verschärfen die exorbitanten Exportüberschüsse der deutschen Wirtschaft die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone und damit die Euro-Krise. (Stein/Stephan/Zwiener 2012)

Zweifelsohne würden reallohnsteigernde und umverteilende Tarifabschlüsse der Gewerkschaften in den nächsten Jahren diesen Problemen entgegenwirken. Mitunter wurde in diesem Sinne von keynesianisch orientierten Positionen „ein zweiprozentiger Zuschlag zur Euro-Rettung“ auf die Tarifforderungen des Jahres 2013 empfohlen.³ Doch die gewerkschaftliche Tarifpolitik dürfte alleine mit der Korrektur der realwirtschaftlichen

³ So Peter Bofinger, zit. nach Der Spiegel vom 7.1.2013, S. 26.

Verzerrungen überfordert sein. Die nachlassende Tarifbindung, die negative Lohndrift der letzten Jahre, die Ausbreitung außerbetrieblicher prekärer Beschäftigung und nicht zuletzt die klassenpolitischen Kräfteverhältnisse in einem krisengeschüttelten Europa setzen den Umverteilungseffekten tariflicher Lohnabschlüsse Grenzen. Die Abschöpfung unternehmerischer Gewinne infolge der günstigen Lohnstückkostenentwicklung wäre also zugleich über eine entsprechende Steuer- und Abgabenpolitik sicher zu stellen. Gefordert ist ein Policy-Mix, indem Instrumente der Primär- und Sekundärverteilung ineinandergreifen. Doch diese Erkenntnis macht die Sache nicht einfacher. Denn die beliebte These von der neuen Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten ist lediglich mit Vorsicht genießbar (dazu etwa Mayntz 2010). Der staatliche Beitrag zur Korrektur der Marktverteilung von Einkommen und Vermögen steht vor großen Problemen. Eine denkbare und durchaus zielführende stärkere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen trifft auf die Lobbymacht der Spitzenverdiener und Vermögensbesitzer und dürfte überdies durch die ideologische Angebotsorientierung der Entscheidungseliten in der EU blockiert sein.

Die Problemlage verschärft sich, sobald berücksichtigt wird, dass der Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Eurozone vor allem auf eine Beendigung der prozyklischen Konsolidierungspolitik und eine aktive Förderung realökonomischer Wertschöpfung in den Schuldenstaaten bedarf. Sollte die Abschöpfung von hohen Einkommen, Vermögen und Profiten nicht gelingen, bleiben eine Defizitfinanzierung der notwendigen Maßnahmen. Doch die schuldenfinanzierte Stützung von Konjunktur und Masseneinkommen sowie einer Förderung von Infrastruktur und Wertschöpfung in den wettbewerbsschwächeren Staaten kollidiert mit dem generellen Konsolidierungsprimat der Krisenpolitik in der EU. Zugleich stößt sie auf reale Finanzprobleme seitens der Staaten. Aus der Finanzmarktkrise ist längst eine Staatsfinanzkrise geworden. Eine „asymmetrisch-symbiotische Beziehung“ zwischen öffentlichen Haushalten und dem Bankensystem in Europa und die unzulängliche Regulierung des Bankenwesens ermöglichen „es scheiternden Banken, den Staat zur Rettung zu zwingen, um die Ansteckungsgefahr auf die Realwirtschaft zu bannen. Profite bleiben so privatisiert, aber Verluste werden sozialisiert.“ (Kumm 2012: 10) Die Kosten dieser Rettungsmaßnahmen haben in der Zeit zwischen Oktober 2008 und Oktober 2011 – Schätzungen zufolge (Kumm 2012: 10) – ein Volumen von 4,5 Billionen Euro und damit 37 Prozent des europäischen Sozialproduktes bzw. mehr als das Sechsfache des Stammkapitals des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erreicht. Droht einigen Staaten unter dieser Last der Staatsbankrott, so sind andere zumindest mit dem Verlust an wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitischer Handlungsfähigkeit bedroht. Wollen die Gewerkschaften ihre Möglichkeiten erhöhen, diese Hürden für eine zweckmäßige Umverteilungs- und Wachstumspolitik zu überwinden, stellen sich gänzlich neue Anforderungen an ihr (umverteilungs- und wirtschafts-)politisches Mandat. Die hier zu beantwortenden Strategiefragen sowie der Aufbau der unabdingbaren Durchsetzungskraft gegenüber Kapital und Staat stellen Anforderungen dar, die bisher nicht einmal hinreichend formuliert sind.

4.3 Europäisierung von Kapitalismuskritik und Interessenpolitik

Doch auch hier scheint der Bedarf an strategischer Neuorientierung grundlegend. Auf die Agenda der zu bearbeitenden Aufgaben gehört auch die grundsätzliche Positionierung der Gewerkschaften gegenüber der finanzmarktgetriebenen Kapitalismusformation. Es ginge zunächst um eine erfahrungsgesättigte Skepsis gegenüber der Reichweite einer Interessenpolitik, die sich mehr oder minder freiwillig auf das Terrain zurücknimmt, das das

finanzkapitalistische Akkumulationsmodell und seine Spielregeln vorgeben. Zugleich aber drängt die Situation in Richtung einer Erneuerung der allgemeinen gewerkschaftlichen Kapitalismuskritik. Die Wiederherstellung staatlicher Handlungsfähigkeit und die Rettung industrieller Strukturen dürften auf Dauer nur mittels Strukturreformen gelingen, die tief in die kapitalistischen Eigentums-, Markt- und Profitverhältnisse eingreifen. Der in der Krise 2008ff seitens der IG Metall unterbreitete Vorschlag zur Einrichtung eines Public Equity-Fonds war offen für eine Strategie, die die notwendige steuerfinanzierte Stabilisierung der industriellen Basis mit der Transformation der Eigentumstitel verbindet (IG Metall 2009, Urban 2009); und diverse Vorschläge zur Neuordnung des Bankensystems unter Einschluss von Verstaatlichungsmaßnahmen basieren mitunter ebenfalls auf der Erkenntnis, dass die privatkapitalistischen Eigentumsverhältnisse und die darauf beruhenden Macht- und Verteilungsinteressen eine der zentralen Hürden für eine nachhaltige Krisenüberwindung darstellen.

Angesichts dieser Problemkonstellation täte eine konsequente gewerkschaftliche Interessenpolitik gut daran, die kapitalistischen Eigentumsstrukturen und die finanzkapitalistische Profitlogik nicht als Tabu zu akzeptieren. Die Gewerkschaften in den EU-Mitgliedstaaten scheinen auf eine solche Orientierung nicht gut vorbereitet. Bisher zielte ihre Politik entweder auf der Abwehr von Interessenverletzungen der Belegschaften innerhalb der Prämissen der kapitalmarktkompatiblen Krisenpolitik; oder sie verschlossen sich in einer machtpolitisch nicht unterlegten Militanz, die ebenfalls schnell an Grenzen stieß. Doch im europäischen Finanzmarktkapitalismus wird ein regulatives Gleichgewicht zwischen kapitalistischer Ökonomie und sozialer Demokratie politisch nicht einmal mehr angestrebt, geschweige realisiert. Auch das einst in der politischen Integrationsrhetorik so hoch gehandelte Leitbild des Europäischen Sozialmodells scheint einer vergangenen Epoche anzugehören. „Stattdessen wird die Auflösung der Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie durch die Etablierung eines dauerhaften Primats des Marktes über die Politik mittels inkrementeller ‚Reformen‘ der politisch-ökonomischen Institutionen betrieben.“ (Streeck 2012a: 64/65) Wenn sich Europa aber auf dem Weg in die transnationale Marktgesellschaft und damit in einen unzivilisierten Kapitalismus befindet, wird sich die Kapitalismusfrage mit neuer Dringlichkeit auf die gewerkschaftliche Diskurs- und Strategieagenda drängeln und von dieser nur um den Preis eines weiteren Machtverlustes der Gewerkschaften zu verbannen sein.

Zugleich verharrte die gewerkschaftliche Interessenpolitik bisher weitgehend in den Arenen der nationalstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Versuche, Einfluss auf die Europapolitiken der Regierungen und damit auf die Krisenpolitik auf europäischer Ebene zu nehmen, waren ebenso unterentwickelt wie Bemühungen, die Verteilungskämpfe grenzüberschreitend zu koordinieren oder gar zu vernetzen. Doch diese strategische Engführung wird der Problemkonstellation im finanzmarktkapitalistischen Europa nicht gerecht. Die unverzichtbare Korrektur dieses Defizits setzt gleichwohl die Europäisierung gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft voraus. Die Mehrebenen-Perspektive muss auch Einzug in die gewerkschaftlichen Strategiedebatten halten. Dies erfordert eine europapolitische Neuorientierung von paradigmatischen Ausmaßen. Zunächst ginge es vor allem um eine effizientere Koordinierung der nationalen Verteilungs- und Arbeitsmarktpolitiken der Gewerkschaften, die durch einen Ausbau der europäischen Gremien und Organisationen zu ergänzen wäre. Zu diesen gehören vor allem die Interessenvertretungen in den europaweit agierenden Konzernen sowie der Ausbau der europäischen Dachverbände. Diese Europäisierung gewerkschaftlicher Politik müsste jedoch

mit einer bündnispolitischen Erweiterung gewerkschaftlicher Interessenpolitik verknüpft werden. Dies könnte den Gewerkschaftlichen Beitrag zu einer längst überfälligen, europaweiten sozialen Widerstandsbewegung gegen das Regime der autoritären Stabilität und für ein kooperatives und demokratisches Europa deutlich erhöhen. Der strategische Gewinn für die Gewerkschaften könnte darin liegen, eigene unzureichende Machtressourcen durch Bündnisse mit anderen machtvollen Bewegungen zu ergänzen und damit zu aktivieren, was als „kollaborative Machtressource“ (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013: 20) oder „gesellschaftliche Macht“ der Gewerkschaften (AG Strategic Unionism i.B.) bezeichnet wurde.

5. Zentrale Forschungsthemen einer gewerkschaftsinteressierten Soziologie

Nicht nur dem gewerkschaftlichen Strategiebildungsprozess, auch der Gewerkschaftsforschung stellen sich grundlegende neue Fragen. Diese könnten im Kontext gegenwärtiger makrosoziologischer Debatten oder als eigenständige Themen der Revitalisierungsforschung formuliert werden.

5.1 Revitalisierungsforschung als kapitalismustheoretische und empirische Sozialforschung

Zweifelsohne steckt die Forschung über die Revitalisierung der Gewerkschaften, trotz beachtlicher Fortschritte, noch in den Kinderschuhen. Das gilt zum einen für die kapitalismustheoretische Ausdeutung der ökonomischen, sozialen und institutionellen Kontexte gewerkschaftlichen Handelns in den Gesellschaften des entwickelten Kapitalismus. Dabei wäre verstärkt auf eine Verknüpfung unterschiedlicher Forschungsthemen und –felder mit Themen der aktuellen Kapitalismusforschung zu setzen. Das gilt etwa für eine Verbindung der Gewerkschaftsforschung mit der Debatte über Wachstumswänge und Wachstumsgrenzen moderner kapitalistischer Gesellschaften. (dazu Dörre/Lessenich/Rosa 2009). Was bedeutet es für strategische Gewerkschaftspolitik in den politischen Arenen der Primär und -sekundärverteilung, wenn sie mit den Thesen von den nachlassenden Dynamiken und den zunehmenden Folgeschäden kapitalistischen Wachstums konfrontiert werden. Ein Kapitalismus, der nicht mehr oder nur noch gebremst wächst, böte, so er überhaupt dauerhaft lebensfähig wäre, einen gesellschaftlichen Kontext für gewerkschaftliche Politik, der sich grundlegend von allen bisher bekannten Kapitalismusspielarten unterscheiden würde. Welche Folgen dies für eine nachhaltige Interessenpolitik zeitigen würde, sollte zum Dauerthema gewerkschaftlicher wie wissenschaftlicher Strategiedebatten werden.

Ähnlich anregend könnte die Fortsetzung der Debatte über die Korrelationen zwischen den „Varieties of Capitalism“ und den „Varieties of Unionism“ und den daraus resultierenden „Varieties of Revitalization“ sein (dazu grundlegend Frege/Kelly 2004, Gumbrell-McCormick/Hyman 2013). Seine spezifische Stärke liegt namentlich in der Hervorhebung des engen Zusammenhangs zwischen den institutionellen Arrangements der unterschiedlichen Kapitalismus-Modelle, den Spielarten des Kapitalismus, und den diversen Revitalisierungsstrategien der Gewerkschaften, eben den Varianten strategischer Gewerkschaftspolitik. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit den „Entsprechungsverhältnissen“ zwischen Kapitalismus-Modellen und Revitalisierungsstrategien ließe nicht nur mit Blick auf die „Varieties of approaches to organizing“ (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013: 63-43) einiges an interessanten

Forschungsergebnissen erwarten.⁴ Welcher Stellenwert kommt den politökonomischen und institutionellen Kontexten der jeweiligen Spielart des Kapitalismus mit Blick auf formulierte Revitalisierungsstrategien und erreichte Revitalisierungserfolge zu? Welche Revitalisierungsgrade lassen sich in den Dimensionen von Organizing und der Modernisierung der gewerkschaftlichen Organisationen feststellen? Und welche Bedeutung kommt den institutionellen Entwicklungspfaden oder politischen Traditionen zu? Mit Blick auf die deutsche Entwicklung ließe dies etwa auf die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den korporatistischen Traditionen des „Modells Deutschland“ und den Erfolgsaussichten des gegenwärtigen Krisenkorporatismus hinaus. Hier wird ein weites Feld für die sozialwissenschaftliche Forschung sichtbar. Es geht um die analytische Produktivität des Begriffs und um die Frage, ob auf der Höhe der aktuellen Korporatismusforschung die Spezifika des institutionellen Kontextes des deutschen Finanzmarktkapitalismus - mit seine Akteurs- und Machtkonstellationen - adäquat zu fassen vermag.

5.2 Machtressourcen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaaten

Der Machtressourcen-Ansatz in der Revitalisierungsforschung ist bisher weitgehend unabhängigen vom Machtressourcen-Ansatz in der Wohlfahrtsstaatsforschung entwickelt worden. Die Isolierung beider Ansätze verspielt analytische Synergien. Das gilt etwa für die Betonung der Schlüsselrolle von Akteursmachtverteilung und der Interdependenz zwischen wohlfahrtsstaatlicher Regulierung und gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit. (dazu ausführlicher Urban 2010b) Dies ließe auf die Rückbesinnung auf Zusammenhänge hinaus, die in der deutschen Gewerkschafts- und Wohlfahrtsstaatsforschung mitunter vergessen scheinen und von deren Wiederentdeckung wertvolle Hinweise an die Soziologie sowie die Gewerkschaften ausgehen könnten. Denn, so könnte eine forschungsleitende Basis-These lauten: Die Revitalisierung der Gewerkschaften und die Re-Stabilisierung der Wohlfahrtsstaaten bedingen einander. Der demokratische und soziale Umbau der Arbeits- und Sozialverfassung ist auf durchsetzungsfähige Gewerkschaften ebenso angewiesen wie die Rückgewinnung gewerkschaftlicher Durchsetzungsfähigkeit ohne ein hinreichendes Maß an Wohlfahrtsstaatlichkeit kaum realistisch sein dürfte.

Zugleich stellen sich Fragen nach dem Verhältnis und der gegenseitigen Ersetzbarkeit der unterschiedlichen gewerkschaftlicher Machtressourcen (dazu die These von der Pyramide der Arbeitermacht in AG Strategic Unionism i.B.). Wenn der deutsche Krisenkorporatismus den Gewerkschaften einen ansehnlichen Zuwachs an kommunikativer Macht eingebracht hat, kann dieser den Verlust an institutioneller Macht temporär oder gar dauerhaft kompensieren? Oder besteht nicht eher die Gefahr, dass die voranschreitende Erosion von institutioneller und Organisationsmacht früher oder später auch die kommunikative Interventionskraft der Gewerkschaften schwächt? Fragen dieser Art sollten zukünftig ein hinreichendes Maß an wissenschaftlicher Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Dabei wäre die Gewerkschaftsforschung als empirische Sozialforschung gefragt. Der Forschungsbedarf bestünde in der Erfassung realer gewerkschaftlicher Revitalisierungserfolge vor allem in Gestalt qualitativer Fallstudien: Diese müssten um sorgsame Verallgemeinerungsversuche ergänzt werden, um bei der Formulierung von Erkenntnisinteressen und Forschungsfragen wertvolle Hinweise geben könnte.

⁴ In diese Richtung hat der Autor bereits an anderer Stelle argumentiert (Brinkmann u.a. 2008: 11)

5.3 Plädoyer für eine Mehrebenen-Perspektive in der Revitalisierungsforschung

Nicht minder komplex und zugleich spannend dürfte die wissenschaftliche Frage nach den Chancen gewerkschaftlicher Revitalisierung im Kontext der New Economic Governance sein. Mit Blick auf die bisherige Debatte in Deutschland fällt der geringe Stellenwert der europäischen Entwicklungen auf. Zwar werden zunehmend Fallstudien und international vergleichende Analysen vorgelegt, doch das Ringen der Gewerkschaften um die Rückeroberung von Organisationsmacht und Strategiefähigkeit wird selten systematisch im Kontext der übergeordneten Europäischen analysiert. In der internationalen Integrationsforschung wird der Europäische Einigungsprozess zumeist als Mehrebenen-Prozess analysiert, in der die Entwicklungen auf der regionalen, der nationalen und der europäischen Ebene als interdependente Elemente eines Gesamtprozesses begriffen werden. (etwa Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2003) Diese Mehrebenen-Perspektive hat bisher nur unzureichend Eingang in die gewerkschaftliche Revitalisierungsforschung gefunden.

Dabei ist evident, dass der europäische Integrationsprozess und die Herausbildung einer New Corporate Governance infolge der neoliberalen Krisenpolitik einen bedeutenden Kontext für die gewerkschaftlichen Strategiebemühungen abgeben. Das sollte Anlass genug sein, den Mehrebenen-Ansatz der europäischen Integrationsforschung in die gewerkschaftliche Revitalisierungsforschung zu übertragen. Dabei geht es nicht um die Verdrängungen qualitativer Länderstudien. Nicht zuletzt die im vorliegenden Band dokumentierten Fallstudien verdeutlichen, wie unverzichtbar empirisch gehaltvolle Studien zu den Spezifika der nationalen Entwicklungspfade sind. Der analytische und praktische Erkenntnisgewinn des Mehr-Ebenen-Ansatzes könnte vielmehr darin bestehen, die Bedingungen gewerkschaftlicher Strategiebildung auf der jeweiligen Ebene zu betrachten und diese als Räume mit eigener Dynamik, institutionellem Kontext und Akteurskonstellationen ernst zu nehmen, zugleich aber die Wechselwirkungen zwischen den Ebenen der Mikro-Regionen, der Nationalstaaten und den europäischen Arenen in das Forschungsdesign einzubeziehen.

6. Ausblick: Eine neue Partnerschaft zwischen Soziologie und Gewerkschaften?

“Some observers ask whether unions remain relevant socio-economic actors. But challenging times can stimulate new thinking, and hence provide new opportunities. In our view, participation in the search for effective responses is a key task for socially responsible researchers.”

(Gumbrell-McCormick/Hyman 2013: vii)

Der europäische Finanzmarktkapitalismus befindet sich in einer krisenhaften Umbruchphase, die mit institutionellen Weichenstellungen verbunden ist. Ob eine negative Pfadkontinuität in Richtung eines Regimes autoritärer Prekarität oder ob ein Pfadwechsel in Richtung eines neuen Entwicklungsmodells die Zukunft Europas prägt, wird letztlich durch die Machtausstattung widerstreitender Akteure entschieden. In dieser Situation stehen auch ambitionierte Gewerkschaften und eine kapitalismuskritische Sozialforschung gemeinsam vor der Anforderung, „eine strategische Antwort auf eine systemische Krise“ (Streeck 2012a: 72) zu finden. Ob diese gemeinsame Situation auch einen neuen Gemeinsinn zwischen Gewerkschaftsforschung und eine Gewerkschaftspraxis zu stiften vermag, dürfte letztlich

vom Selbstverständnis abhängen, mit dem sich beide dieser Aufgabe stellen. Im Feld der Soziologie scheint seit geraumer Zeit eine Debatte um ein zeitgemäßes Selbstverständnis im Gange. Unter dem Diktum einer „Öffentlichen Soziologie“ wird über eine neue Annäherung zwischen sozialogischer Forschung und öffentlicher Debatte und darüber diskutiert, wie Soziologen und Akteure der Zivilgesellschaft in einen neuen Dialog treten können; und dies mit politisch-praktischen Absichten. Die in den USA von Michael Burawoy gestartete und etwa in der *American Sociological Review* geführte Debatte hat mittlerweile die deutsche Soziologie erreicht.⁵ Aufgegriffen wurde sie etwa von dem Kölner Soziologen Wolfgang Streeck. Er plädiert für eine „als politische Ökonomie erneuerte ‚öffentliche Soziologie‘“, eine „Sozialökonomie, in der das Politische dem Sozialen untergeordnet ist und nicht umgekehrt, zunächst als theoretisches und dann, hoffentlich, auch als politisches Projekt“ (Streeck 2012b: 133 und 145). Ähnlich, jedoch mit einer elaborierteren Kapitalismuskritik verbunden, plädieren Dörre/Rosa/Lessenich für „eine Rückkehr der Kritik in die Soziologie“ und eine „kritische Soziologie des Gegenwartskapitalismus“. Ihre Ambitionen zielen darauf, „analytisch-diagnostische belastbare und damit zumindest potenziell auch politisch anschlussfähige Maßstäbe der Kritik am Kapitalismus zu entwickeln.“ (2009: 12, 13 und 15) Auch wenn die erste Wirkungsambition in die akademische Welt und in Richtung einer radikalen soziologischen Kapitalismuskritik zielt, endet der Anspruch dort nicht. „Von hier aus aber wird und muss es für eine erneuerte kritische Soziologie darum gehen, das Licht der außerakademischen, medialen und alltagspraktischen Welt zu suchen. Denn dort – und nur dort – wird letzten Endes entscheiden, ob Soziologie und Kapitalismuskritik wieder zueinanderfinden – und ob ‚die Gesellschaft‘ es merkt.“ (Ebenda: 17)

Die Debatten um die öffentliche Soziologie sowie eine kritische Soziologie des Gegenwartskapitalismus zielen keineswegs auf eine Preisgabe wissenschaftlicher Standards oder gar eine Unterordnung der Disziplin unter gesellschaftliche Bewegungen oder politische Akteure. Zwar thematisieren ihre Protagonisten das Verhältnis zur professionellen Soziologie mitunter als „antagonistische Interdependenz“ (Michael Burawoy). Doch vor allem unterbreitet eine solche, in neuer Weise praxisorientierte Sozialwissenschaft sozialen Bewegungen und Organisationen ein Gesprächsangebot. Daraus könnte eine neue Partnerschaft zwischen Soziologie und Gewerkschaften werden. Eine solche erforderte jedoch einen Perspektivwechsel unter den Beteiligten. Im Wissenschaftssystem wäre ein informeller Kodex zu überwinden, in dem Nähe zu Gewerkschaften schnell den Verdacht unwissenschaftlicher Parteilichkeit nach sich zieht und für Nachwuchskräfte zur Karriereblockade wird; und der erkenntnisleitenden Forscherblick sollte sich nicht in der Ausleuchtung der gewerkschaftlichen Krisen erschöpfen. Er sollte sich (wie im Jenaer Ansatz) stärker den Voraussetzungen und Möglichkeiten gewerkschaftlicher Revitalisierung zuwenden und sich im Sinne einer komparativen Forschung für die Resultate aus Fallstudien anderer Länder öffnen. Wie fruchtbar dies sein kann belegen nicht zuletzt die Beiträge des vorliegenden Bandes. Hinzukommen müsste die gemeinsame Einsicht, dass alle Akteure in ihren Feldern und gemäß den dort geltenden Regeln erfolgreich sein müssen, um einen Beitrag zu einer Allianz der Erfolgreichen leisten zu können. Das erfordert vor allem gegenseitigen Respekt vor den jeweiligen gesellschaftlichen Rollen und den Anerkennungskulturen des jeweiligen Feldes. So sollte eine Überpolitisierung der Soziologie, die wissenschaftliche Standards ihren politischen Ambitionen opfert, ebenso vermieden werden können, wie eine Fehltheoretisierung gewerkschaftlicher Praxis, die

⁵ Einen guten Einblick in den Stand der amerikanischen Debatte ermöglicht die Homepage von Michael Burawoy: <http://burawoy.berkeley.edu/PS.Webpage/ps.mainpage.htm>

wissenschaftliche Expertisen mit Gebrauchsanweisungen für die gewerkschaftliche Praxis verwechselt.

Die Gewerkschaften wären gefordert, sich bei ihren Revitalisierungsbemühungen für wissenschaftliche fundierte Kritik zu öffnen und die wissenschaftliche Thematisierung von Defiziten nicht als unbotmäßige Einmischung zurückzuweisen. Von einer leistungsfähigen kapitalismuskritischen Soziologie können Hinweise auf Konflikte und Anforderungen erwartet werden, die sich noch im Stadium der Latenz befinden. Ein offenes Ohr für solche Frühwarnungen kann den gewerkschaftlichen Strategieprozess frühzeitig, noch bevor die Sensoren der gewerkschaftsinternen Wahrnehmung anschlagen, beleben. So könnte ein Stein in einer „Mosaiklinken“ entstehen, in der sich unterschiedliche Akteure im Rahmen einer „autonomen Kooperation“ (Urban 2010) zusammen tun, um die politische Wirksamkeit des eigenen Handelns zu erhöhen. Soziologie und Gewerkschaften könnten beide ihren Nutzen daraus ziehen.

Literatur:

IG Metall Vorstand (2009), Aktiv aus der Krise. Gemeinsam für ein gutes Leben. Aktionsplan der IG Metall, Frankfurt a. M.

Brinkmann, U. u.a.(2008), Strategic Unionism. Aus der Krise zur Erneuerung? Wiesbaden.

Busch, Klaus/Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl/Schulten, Thorsten (2012), Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südosteuropa die soziale Dimension der EU bedroht. Friedrich-Ebert-Stiftung. November.

Deppe, Frank (2012), Gewerkschaften in der Großen Transformation. Von den 1970er Jahren bis heute. Eine Einführung. Köln.

Dörre, Klaus/Lessenich, Stefan/Rosa, Hartmut (2009a), Soziologie – Kapitalismus - Kritik. Zur Wiederbelebung einer Wahlverwandtschaft, In: Dies. (2009b), S. 9-18.

Dörre, Klaus/Lessenich, Stefan/Rosa, Hartmut (2009b), Soziologie – Kapitalismus - Kritik. Eine Debatte. Frankfurt a. M.

Ellguth, Peter/Kohaut, Susanne (2012), Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2011, in: WSI Mitteilungen, H. 4, S. 297-305.

Joebges, Heike/Schmalzbauer, Andreas/Zwiener, Rudolf (2009), Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringeres Wirtschaftswachstum. IMK Studies. August.

Frege, Carola/Kelly, John (Hg.)(2004), Varieties of Unionism: Strategies for Union Revitalisation in a Globalizing Economy. Oxford.

Glassner, V./M. Keune (2010) 'Negotiating the crisis? Collective Bargaining in Europe during the economic downturn', ILO-Working Paper No. 10, March.

Gumbrell-McCormick, Rebecca/Hyman, Richard (2013), Trade Unions in Western Europe. Hard Times, Hard Choices. (Manuskript).

Huzzard, Tony (2004), Boxing or Dancing – Trade Unions Strategic Choice, in: Huzzard, Tony/Gregory, Denis/Scott, Regan (Hrsg.), Strategic Unionism and Partnership. Boxing or Dancing?. London, S. 20-44.

Jachtenfuchs, M./B. Kohler-Koch (Hrsg.) (2003), *Europäische Integration*. Opladen 2003; Leske und Budrich.

Kelly, J./Hamann, K. and Johnston, A. (2013), "Unions against governments", in: Comparative Political Studies. (i. D.) Downloaded from: <http://eprints.bbk.ac.uk/4247/>

Kumm, Mattias (2012), It's the banks, stupid! Die Euro-Krise als Demokratiekrise, in: WZB-Mitteilungen, September, S. 10-12.

Lehndorff, Steffen (Hrsg.)(2012), *A triumph of failed ideas. European models of capitalism in the crisis*. Brussels, S. 219-241.

Mayntz, Renate (2010), Die Handlungsfähigkeit des Nationalstaats bei der Regulierung der Finanzmärkte', *Leviathan* (2), 175-187.

Möller, Joachim (2010), The German labor market response in the world recession – de-mystifying a miracle, in: *Journal for Labour Market Research*, Vol.42 (1-2), 325-336.

Peters, John (2011), The Rise of Finance and the Decline of Organised Labour in the Advanced Capitalist Countries, in: *New Political Economy*, Nr. 16, S. 73-99.

Streeck, Wolfgang (2012a), Auf den Ruinen der alten Welt. Von der Demokratie zur Marktgesellschaft, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 12, S. 61-72.

Streeck, Wolfgang (2012b), Der öffentliche Auftrag der Soziologie, in: *Leviathan*, H. 1, S. 129-147.

Stein,Ulrike/Stephan, Sabine/Zwiener, Rudolf (2012), Zu schwache deutsche Arbeitskostenentwicklung belastet Europäische Währungsunion und soziale Sicherung. Arbeits- und Lohnstückkosten in 2011 und im 1. Halbjahr 2012. IMK-Report 77. November.

Urban, Hans-Jürgen (2009), Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 5, S. 71-78.

Urban, Hans-Jürgen (2010a), Lob der Kapitalismuskritik. Warum der Kapitalismus eine starke Mosaik - Linke braucht, in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, H. 1, S. 18-29.

Urban, Hans-Jürgen (2010b), Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaftsmacht im Finanzmarkt-Kapitalismus: Der deutsche Fall, in: *WSI Mitteilungen* H. 9, S. 443-450.

Urban, Hans-Jürgen (2011), Stabilitätsgewinn durch Demokratieverzicht? Europas Weg in den Autoritarismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, H. 7, S. 77-88

Urban, Hans-Jürgen (2012), Crisis corporatism and trade union revitalisation in Europe, in: Lehndorf (Hrsg.), S. 199-222.

Schaubild 1: Entwicklung der Produktion in der

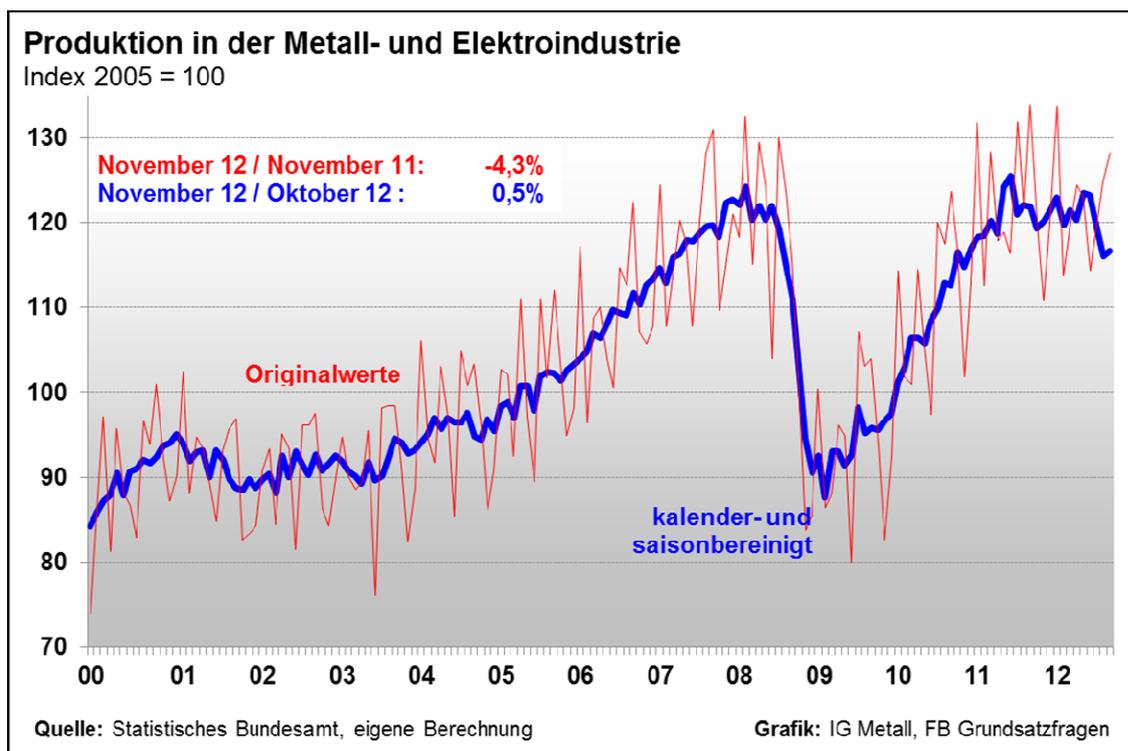


Schaubild 2: Entwicklung der betriebsangehörigen Mitglieder der IG Metall 2000-2013

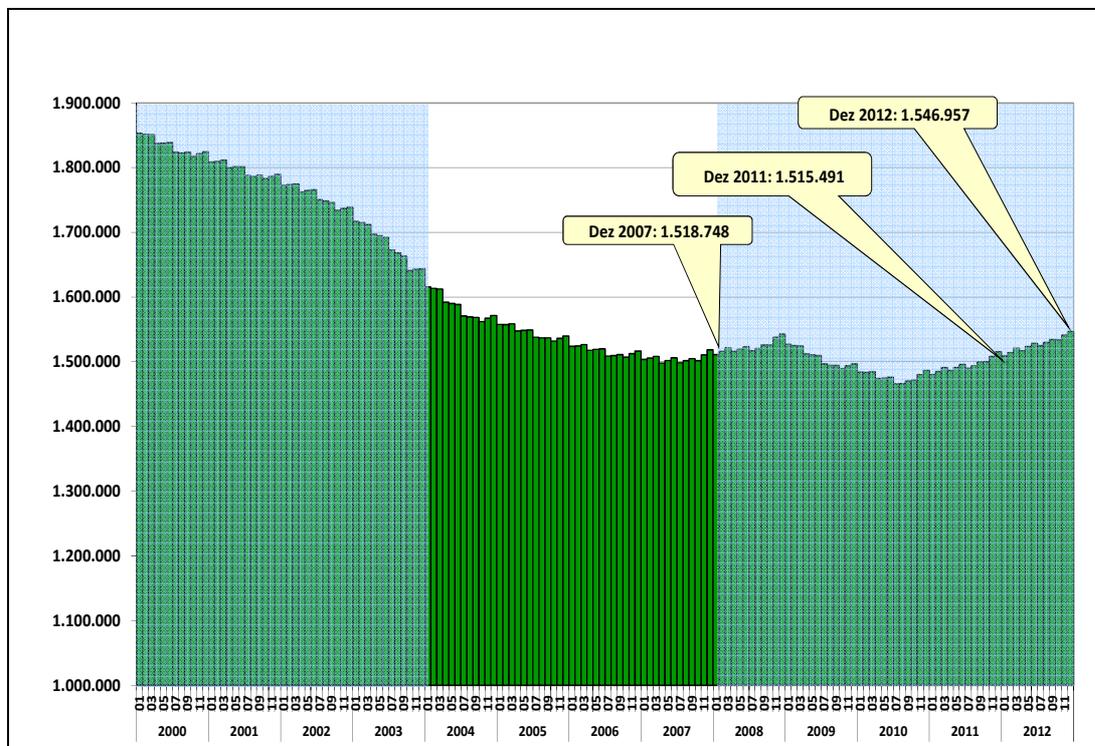


Schaubild 3: Entwicklung der (sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigten und betriebsangehörigen IG Metall-Mitglieder der Metall- und Elektroindustrie und Mitgliederentwicklung 2007-2012

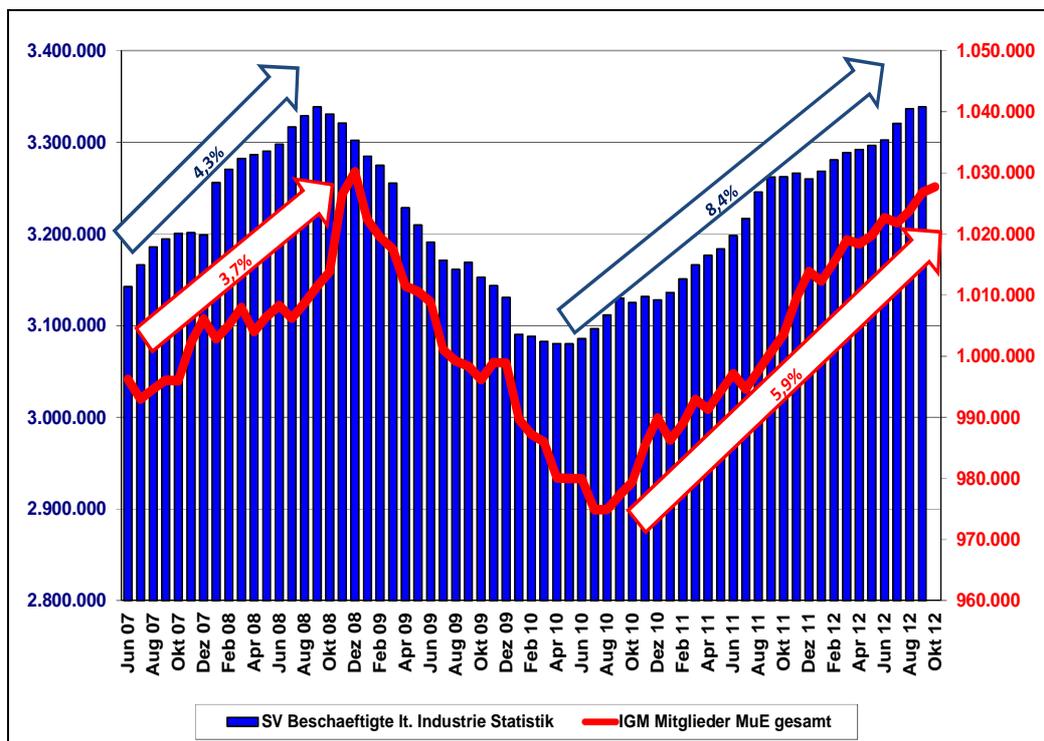


Schaubild 4: Eckpunkte des Tarifabschlusses 2012 der IG Metall in der Leiharbeit

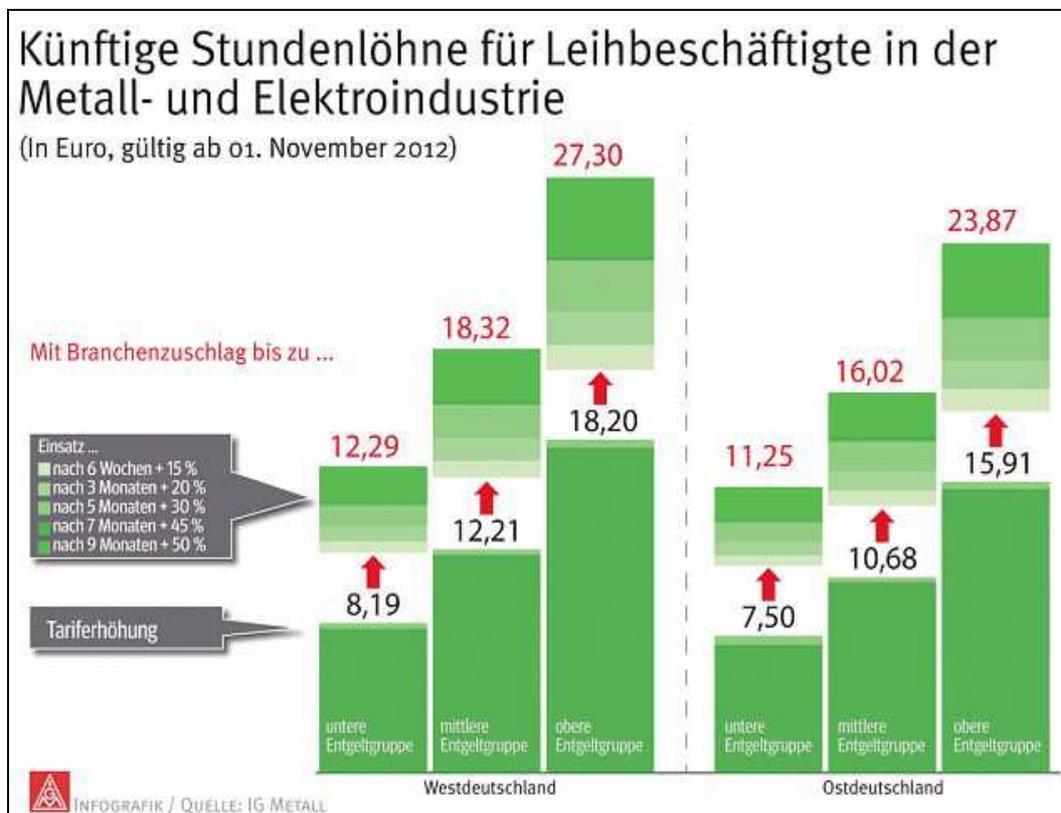


Schaubild 5: Entwicklung der organisierten Leiharbeitsbeschäftigten in der IG Metall 2010-2012

